

12.07.2012 00:00 Uhr, Bad Salzungen

GEISA DROHT MIT AUSTRITT AUS RESERVAT

Geisa - Alles andere als zufrieden ist der Geisaer Stadtrat über den neuen Entwurf zur Erweiterung der Kern- und Pflegezonen im thüringischen Teil des Biosphärenreservats Rhön.



Geisa - Alles andere als zufrieden ist der Geisaer Stadtrat über den neuen Entwurf zur Erweiterung der Kern- und Pflegezonen im thüringischen Teil des Biosphärenreservats Rhön. Geisa wird sich weiter dagegen wehren, dass noch mehr kommunale und private Grundstücke gegen den Willen der Eigentümer in ihrer Nutzung eingeschränkt werden. Darüber war sich der Stadtrat zur Sitzung am Dienstag einig. Hierbei wolle man notfalls alle Rechtsmittel ausschöpfen.

"Schlag ins Gesicht"

"Die Stadt hatte gegen den ersten Entwurf Einspruch erhoben. Im neuen Entwurf ist zwar einem Teil unserer Einwände stattgegeben, aber es sind noch immer sehr viele Flächen aus dem Stadtgebiet drin. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger", beklagte Bürgermeister Martin Henkel (CDU). Er sprach von "starker Verstimmung". Wenn zum Beispiel der Stadtwald nicht mehr in vollem Umfang bewirtschaftet werden kann, bedeute dies Verluste für die Stadt und damit für die Bürger. Noch härter treffe es private Waldeigentümer, die auf Werben des Umweltministeriums vor ein paar Jahren in Feststoffheizungen investierten, welche sie mit Holz von eigenen Flächen betreiben. In der Nachbargemeinde Schleid gebe es ebenfalls viele Grundstücke, die trotz Widerspruchs Pflegezone werden sollen, genauso wie im Raum Buttlar. "Das ist das Ergebnis des Moderationsprozesses - für mich eine große Showveranstaltung, bei der Büros viel Geld verdienen", schimpfte Henkel. Unter Moderationsprozess verstehe er etwas anderes - nicht, dass trotz Einwand die meisten Flächen im Plan bleiben. Laut Landesgesetz könne man ohnehin nicht einfach Flächen zu Naturschutzgebieten oder Biosphärenreservatszonen machen, ohne die Eigentümer und die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Anders sei es 1989/90 gewesen, wo noch nach DDR-Recht ohne Beteiligung der Eigentümer das Biosphärenreservat ausgewiesen wurde. "Es ist für mich ein Skandal, dass sich damals ein demokratischer Staat Werkzeugen aus der Diktatur bediente. In meinen Augen ist das eine Enteignung, die damals stattfand", sagte der Bürgermeister.

"Wenn unser Stadtratsbeschluss nicht akzeptiert wird, ist das eine Untergrabung der Selbstverwaltung unserer Stadt. Wir sollten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgehen", empfahl Martin Veltum (CDU). Die Menschen seien verunsichert, und er habe bislang noch keine Stimmen aus der Bevölkerung gehört, die sich für die Erweiterung der Kern- und Pflegezonen aussprachen. Andreas Kath (CDU) hält für bedenklich, dass man im zweiten Entwurf auf Kosten privater Eigentümer einen Flächentausch vornahm: "Wir sollten massiv dagegen vorgehen, alle Mittel ausschöpfen. Das Maß ist voll!"

"Die Schlinge haben wir um den Hals, die wird Stück für Stück enger gezogen", beschrieb Martin Henkel die Situation. Auch Jürgen Dücker bezeichnete das derzeitige Ergebnis im Moderationsprozess als "noch nicht zufriedenstellend". "Man versucht vielleicht, uns ruhig zu stellen. Das zeigt mir aber, dass wir nicht ruhig sein dürfen. Wir müssen mit unverminderter Vehemenz dagegen angehen", sagte er. Martin Henkel erklärte, er habe versucht, eine gewisse Logik in den neuen Zonierungsvorschlägen zu erkennen. "Ich kann keine erkennen, obwohl ich die Ecke sehr gut kenne."

"Frau Krämer aus dem Ministerium sagte doch, sie haben genug Flächen und sind nicht auf unsere angewiesen. Warum nehmen sie diese trotzdem mit rein?", fragte Paul Rehberg, Ortsteilbürgermeister von Otzbach und Geblar. Andreas Kath forderte: "Weg mit den Biosphärenreservatsschildern von unseren Ortseingangsschildern!" Karl-Josef Schuchert (CDU) sprach sich dafür aus, erneut Widerspruch einzulegen: "Der Minister kann nicht irgendetwas erlassen, ohne die Bürger zu fragen." Bürgermeister Henkel verwies auf die Grundsätze des Biosphärenreservates, wonach sich auch die Region hierzu bekennen müsse. In der Bevölkerung gehe die Stimmung aber eher in die Richtung, aus dem Reservat auszuscheiden. Auch Henkel sieht keinen Vorteil darin, im Biosphärenreservat zu bleiben. Die momentan anstehenden Probleme seien hausgemacht, weil das bundesdeutsche MAB-Komitee ("Mensch und Biosphäre") besonders strenge Regeln aufstellte, nach denen sich alle richten sollen. In anderen Ländern werde dies viel einfacher gehandhabt.

Welche Folgen ein Austritt aus dem Reservat hat, wollte Silvio Busold (CDU) wissen. "Weniger Bürokratie, und ein paar Stellen versuchen vielleicht, uns zu drangsalieren. Aber das machen sie ja jetzt auch", antwortete Henkel. Außerdem falle das Vorverkaufsrecht durch den Freistaat für bestimmte Flächen weg. Er nannte ein Beispiel, wo beim Verkauf eines Privatwaldes die Stiftung Naturschutz aufgrund dieses Rechtes die Fläche kaufte. Ulrich Weber (Linke) befürchtet ebenfalls Schikanen für die Stadt, wenn zum Beispiel von der Naturschutzbehörde Stellungnahmen eingeholt werden müssen.

Fachgremium bilden

Erster Beigeordneter Gerhard Möller (CDU) sprach sich dafür aus, ein ortsübergreifendes Gremium (Verein oder Interessengemeinschaft) zu bilden, das sich fachlich mit den Behörden auseinandersetzt. Darin sollten entsprechende Experten mitarbeiten. "Diese Interessengemeinschaft müsste fachlich sauber und ohne Polemik die Interessen der Leute in unserer Region durchsetzen", sagte Möller. Zudem sollte die Stadtverwaltung schon einmal prüfen, wie ein Austritt aus dem Biosphärenreservat zu realisieren ist. "Wir sollten es wenigstens prüfen. Wenn es gar nicht anders geht, sind wir dann schon vorbereitet", meinte er.

"Es gibt viele Waldbesitzer und Landwirte, die wissen noch gar nicht, was auf sie zurollt. Denen müssen wir Beratung bieten", erklärte der Beigeordnete. "Unsere Eltern haben das schon einmal durchgemacht, als Leute von ihren Höfen getrieben und enteignet wurden. Das sollten wir uns nicht noch einmal gefallen lassen", sagte Möller. *sach*

Quelle: www.insuedthueringen.de

Artikel: http://www.insuedthueringen.de/lokal/bad_salzungen/fwstzslzlokal/Geisa-droht-mit-Austritt-aus-Reservat;art83434,2055211

Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung